Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 118. **Freitag** den 6. März 1903. **97. Jahrgang.**

Russisch-englische Gegensätze im Südosten Persiens.

v. S. England hat kürzlich eine militärische Kommission unter Führung des Majors Mac Mahon an die persisch-afghanische Grenze gesandt, um Streitigkeiten zwischen den dortigen Völkerschaften wegen Benutzung des Helmand-Wassers zu schlichten. Das ist ein Schachzug von großer Bedeutung, der das Ansehen Großbritanniens im Westen Asiens erheblich stärken und ihm Rußland gegenüber nicht zu unterschätzende Vorteile bringen muß. Die Engländer erscheinen in gewissem Sinne als Schiedsrichter, deren Sprache Perser und Afghanen, wenn auch nur in einer Grenzfrage, sich fügen, und die auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, sich in die inneren Verhältnisse beider Staaten einzumischen. Was aber für Rußland das Unangenehmste bei der Sache ist, das ist der Umstand, daß die Engländer dieses Recht des Eingreifens in persisch-abessinische Grenzangelegenheiten sich nicht gewaltsam genommen haben, sondern es durch einen Vertrag besitzen, der vor 46 Jahren, am 4. März 1857, zu Paris geschlossen wurde.

Der Grund zu diesem Abkommen ist in der Feindschaft und Nebenbuhlerschaft Persiens und Afghanistans zu suchen, die aber schon damals von Rußland und England für ihre persönlichen Eroberungszwecke benutzt wurden. Der Schah hatte seine Augen auf Herat geworfen und mehrfach versucht, es seinem Reiche einzuverleiben. Er wurde darin von Rußland unterstützt. Im Jahre 1832 war ihm die Besetzung dieses wichtigen Platzes wirklich gelungen. Aber er mußte sich dem Einspruche Englands beugen, das alsbald einige Kriegsschiffe in den persischen Meerbusen sandte und seine Truppen auf persischem Gebiete landen ließ. Drei Jahre später wiederholte Nasr-Eddin auf Rußlands Anstiften sein Unternehmen gegen Herat und erreichte ebenfalls rasch sein Ziel. Aber wiederum mußte er vor England weichen und seine Eroberung herausgeben. Dieses Mal war ein größeres englisches Geschwader im Golf erschienen, und man hatte unter anderem Buschir besetzt. Aber in London und Kalkutta begnügte man sich nicht mehr mit der Zurückziehung der Truppen aus Afghanistan, sondern zwang den Schah zur Unterzeichnung eines Vertrages, in dem er endgültig seinen Verzicht auf Herat erklärte und den Engländern gestattete, beim Ausbruch von Streitigkeiten an der Grenze Afghanistans vermittelnd und schlichtend einzugreifen. Dieses Recht ist niemals aufgehoben worden und hat noch heute seine volle Kraft.

Die Engländer haben trotzdem eigentlich selten von der Befugnis Gebrauch gemacht. Nur, wenn sie glaubten, ihre eigenen Interessen schützen zu müssen, fühlten sie sich bewogen, vermittelnd zwischen die Perser und die Afghanen zu treten. Daß es dieses Mal geschehen ist, muß wohl auf das starke Vordringen der zarischen Macht zurückgeführt werden, die den Norden Persiens bereits beeinflußt und auch auf den Süden und weiter, nach Afghanistan, begehrliche Blicke geworfen hat. In der Tat herrscht in Petersburg großes Mißbehagen über diesen jüngsten Schritt der britischen Regierung. Die Presse verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Reise der Kommission und achtet genau auf jedes Vorkommnis. Man ist sich dessen genau bewußt, daß Englands Vermittelung zwischen Persien und Afghanistan dem Ansehen des Zarenreiches in jenen Gegenden nicht nützlich ist. Die „Nowoje Wremja" fordert die Regierung auf, dahin zu wirken, daß das Abkommen vernichtet werde; aber sie verschweigt natürlich, wie das zu bewerkstelligen sei. Und sie tut gewiß sehr wohl daran. Denn jedenfalls würde ein derartiger Versuch auf den heftigsten Widerspruch der leitenden britischen Kreise stoßen und als unbefugte Einmischung angesehen werden. Gewaltsam aber in dieser Sache vorzugehen, werden die Russen gewiß unterlassen.

Die größte Besorgnis ruft es an der Newa hervor, daß es die Nachbarschaft des Seistan-Gebietes ist, in dem die Engländer den Akt der Vermittelung vornehmen. Dieser Landesteil Persiens besitzt eine große militärische und wirtschaftliche Bedeutung; Kenner der Verhältnisse erklären es für den strategischen Schlüssel der angrenzenden Gebiete Persiens, Afghanistans und Beludschistans. Die Vorwärtsbewegung der englischen Politik nach dem Seistan-Gebiete hat den Russen schon manche Sorge bereitet, und namentlich glaubte man, bei der Eröffnung der neuen Karawanenstraße Quetta-Kirman im südlichen Persien den Anfang einer Aktion zur Besetzung dieses Landesteiles zu erblicken. Der Argwohn wurde weiter genährt, als die britische Regierung den Bahnbau von Quetta nach Nuschki beschloß, der nach seiner Vollendung allerdings im stande wäre, britische Truppen bis an die Grenze des Reiches des Schahs zu bringen. Zu dem allen ist denn jetzt die Kommission Mac Mahons gekommen, die den Russen als direkt gegen die Unabhängigkeit Persiens gerichtet erscheint.

Nach russischen Blättern ist der Major von einer bedeutenden Kavallerie-Eskorte und einer Kompagnie Infanterie begleitet. Das ist indes unmöglich ein Umstand, der auf kriegerische Absichten Großbritanniens in jenen Gegenden schließen ließe. Wenn die Russen ein Interesse haben, den Frieden in Asien erhalten zu sehen, so läßt sich das Gleiche von England sagen. Ja, letzteres hätte im Grunde noch mehr — den Verlust seiner gesamten Weltstellung — einzubüßen, wenn es von Rußland geschlagen würde. An den Ausbruch von Feindseligkeiten wegen der Entsendung der Kommission an der Seistan-Grenze ist deshalb noch nicht zu denken.

Wohl aber wird die diplomatische Tätigkeit Rußlands und Englands stärker als bisher in Teheran einsetzen. Verschiedene Momente sprechen dafür, daß gegenwärtig das Zarenreich den größeren Einfluß am Hofe Muzaffer-Eddins besitzt. Und es wird diesen Einfluß, der ihm zum Abschlusse des bekannten Handelsabkommens verholfen hat, auch weiterhin energisch zur Geltung bringen. Im Norden des Reiches, in den Provinzen Chorasan und Aserbeidjan, herrscht es ohnehin fast unbestritten. Ja, es hat dort, wie bekannt, den britischen Handel entschieden zurückgedrängt. Bei der Zähigkeit, mit der die Petersburger Diplomatie ihre Pläne verfolgt, wird man sich daher auf einen baldigen Gegenzug gefaßt machen müssen. Von diesem wird es abhängen, ob die persische Frage ins Rollen kommt. Vorläufig liegt eine Zuspitzung vor, die aber noch keine unmittelbaren Gefahren in sich birgt.

Die preußische Ostmarkenpolitik und der „Europäische Geschichtskalender".

Aus den Kreisen des Deutschen Ostmarkenvereins wird uns geschrieben: Der „Europäische Geschichtskalender" auf das Jahr 1902 ist, von Gustav Roloff herausgegeben, mit dankenswerter Schnelligkeit schon jetzt erschienen. (München, C. H. Beck.) Wie früher, so bringt auch der neueste Jahrgang eine Uebersicht der politischen Entwickelung des letzten Jahres. Im allgemeinen gut unterrichtend, enthält diese Uebersicht eine auf die preußische Ostmarkenpolitik bezügliche Stelle, die zum Widerspruche und zur Kritik herausfordert. Es wird nämlich von der preußischen Ostmarkenpolitik u. a. folgendes gesagt:

„Es dürfte wenige Fragen geben, über die in der öffentlichen Meinung der nationalgesinnten Parteien — ausgenommen das Zentrum — eine so weitgehende Einigkeit herrscht, aber auch wenige, deren theoretische Begründung eine so geringe Vertiefung erfahren hat. Die Literatur z. B., in der die Vertreter der herrschenden Richtung ihre Anschauung dargelegt haben, läßt sich an Gehalt in keiner Weise mit der über eine andere brennende Frage der letzten Jahre, der maritimen Angelegenheiten, vergleichen. Offenbar liegt der Grund darin, daß die öffentliche Meinung über die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges nicht die leisesten Zweifel hegt und daher gar keiner tieferen Beweisführung bedarf und auch die Gegner der herrschenden Anschauung, die namentlich unter den höheren Beamten und den Gelehrten zu suchen sind, kaum beachtet. Eine Neuerung gegen früher ist, daß sich das Ausland lebhafter mit der preußischen Polenpolitik beschäftigt, und zwar knüpfen derartige Erörterungen gewöhnlich an den Breschener Prozeß an. So unbedeutend dies Ereignis an sich war, so hat es doch die Härten gezeigt, zu denen die Konsequenz der angenommenen Grundsätze führen kann, und bietet so einen vortrefflichen Agitationsstoff."

Diese Auslassung über die preußische Ostmarkenpolitik trägt das Gepräge der subjektiven Auffassung des Professors Dr. Hans Delbrück in so hohem Grade, daß der Wunsch sich aufdrängt, im „Europäischen Geschichtskalender" möge auch in der Uebersicht eine objektivere Behandlung der preußischen Ostmarkenpolitik beliebt werden. Mußte in Bezug auf den Breschener Prozeß der „Härten" gedacht werden, zu denen die Konsequenz der angenommenen Grundsätze führen könne, so hätte die Gerechtigkeit erfordert, der maßlosen polnischen Herausforderung zu erwähnen, die überhaupt erst in Breschen die Anwendung „angenommener Grundsätze" gezeitigt hat. Wenn ferner im „Europäischen Geschichtskalender" erwähnt wird, daß das Ausland sich lebhafter als früher mit der preußischen Ostmarkenpolitik beschäftigte, dann durfte nicht verschwiegen werden, wie entschieden die preußische Regierung durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vor jeder unzulässigen Einmischung des Auslandes in eine innerpreußische Angelegenheit gewarnt hat, und mit welchem Erfolge dies geschehen ist. Der Verzicht auf die Erwähnung der beiden letzten Momente kann von den aufgeregten Herren in Lemberg und Krakau nur zu leicht als eine mittelbare Aufforderung, sich mit der preußischen Ostmarkenpolitik „lebhaft" zu beschäftigen, mißverstanden werden. Ferner ist es eine ganz unzulässige Verallgemeinerung, wenn der „Europäische Geschichtskalender" den Anschein erweckt, als ob eine erhebliche Zahl von höheren Beamten und Gelehrten die preußische Ostmarkenpolitik bekämpfe. Wie Professor Delbrück unter den Gelehrten, so steht der frühere Provinzialsteuerdirektor Löhning unter den Beamten mit seiner Verurteilung der Ostmarkenpolitik so vereinzelt da, daß die obige Wendung des „Europäischen Geschichtskalenders" nicht entfernt berechtigt ist. Endlich ist der Vergleich der Flottenfrage mit der Polenpolitik gänzlich verfehlt. Denn die weltpolitische Entwickelung, die uns die Beschäftigung mit der Flottenfrage auferlegt hat, ist erst so jungen Datums, daß sie die wissenschaftliche Erörterung der Flottenfrage naturgemäß in großem Umfange zur Folge hatte. Die nationale Frage der preußischen Ostmarkenpolitik aber ist seit mindestens einem halben Menschenalter in Parlament und Literatur so mannigfach behandelt worden, daß es gar nicht Wunder nehmen kann, wenn unmittelbar nach dem Mißerfolge der Caprivischen Versöhnungspolitik weniger das Bedürfnis nach professoraler Theorie, als nach staatsmännischer Praxis lebendig war. An Gelegenheit, sich „tiefere" Beweise für die Richtigkeit der gegenwärtigen Ostmarkenpolitik zu beschaffen, hat es ohnehin nicht im mindesten gefehlt. Insbesondere enthalten, um nur zwei Sachkundige zu nennen, die Reden des Fürsten Bismarck und Heinrich v. Treitschkes, „Deutsche Geschichte", eine reiche Fülle von Beweismaterial betreffs der Richtigkeit des jetzt wieder eingeschlagenen Weges, den Graf v. Caprivi leider verließ. Nachdem die preußische Regierung im Jahre 1885 die heutige Ostmarkenpolitik sozusagen eingeleitet hatte, schrieb der damals von Ernst Delbrück herausgegebene „Europäische Geschichtskalender" auf das Jahr 1886:

„In der inneren Politik Preußens hatte das Jahr 1885 eine neue Phase inauguriert auf einem Gebiete, auf dem man vielleicht noch größeren Dingen entgegengeht, durch Schließung der östlichen Grenze durch polnische und jüdische Einwanderung . . . Dieser abwehrenden Maßregel folgte das Jahr 1886 mit positiven Unternehmungen."

Hierauf folgte die Aufzählung der in jenem Jahre erlassenen Gesetze und Maßnahmen, wozu vor allem die Errichtung des Ansiedelungsfonds und die Einsetzung der Ansiedelungskommission gehörten. Die Nachahmung dieser objektiven Berichterstattung ist dem heutigen „Europäischen Geschichtskalender" dringend zu empfehlen; das Gegenteil davon ist die mittelbare Förderung des Polentums.

Deutsches Reich.

❑ **Berlin,** 5. März. (Jesuitengesetz und Reichseinheit.) Aus Kreisen des Evangelischen Bundes wird geschrieben: In der Zeitungsschau der Nr. 99 der „Täglichen Rundschau" folgt auf eine Aeußerung der Verwunderung der „Kölnischen Volkszeitung" über die Resignation, womit die Bedrohung des § 2 des Jesuitengesetzes von den Gegnern des Jesuitenordens aufgenommen zu sein scheine, ein kräftiges Wort aus dem „Leipziger Tageblatt", das geschlossenes Zusammenstehen der evangelischen Regierungen gegen die führende Macht Preußens so lange für notwendig erklärt, als der gegenwärtige Reichskanzler die staatlichen und kulturellen Interessen, die Empfindungen und Rechte der Protestanten nur als die große Vorratskammer behandle, aus der er den Hunger des ultramontanen Zentrums mit freigebiger Hand stille. Der das schrieb, empfand selbst ein Grauen bei dem Gedanken, daß nach 32jährigem Bestehen des neuen Reichs unter einem protestantischen Kaiser sich ein corpus evangelicorum nötig mache, und ist weit entfernt, eine Schwächung der Reichseinheit zu wünschen. Irrt er aber nicht, wenn er gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes die evangelischen Regierungen aufruft? Es wird so oft übersehen, daß das Jesuitengesetz schlechterdings nicht um des konfessionellen Friedens willen gegeben worden ist, sondern um das junge Deutsche Reich vor dem zerstörenden Einflusse des Ultramontanismus zu sichern, der es so lange haßte, als er nicht hoffen konnte, es sich seinen Zwecken dienstbar zu machen. Das Gesetz liegt ganz außerhalb des Gebietes der religiösen und konfessionellen Gegensätze, das das neue Deutsche Reich gestiftenlich den Einzelstaaten überlassen hat. Gegenüber dem Toleranzantrag des Zentrums ist dies von dem Reichskanzler von neuem hervorgehoben worden. Das Deutsche Reich ist aber kein das gesamte Volksleben umfassender Staat, sondern hat für die Bundesstaaten bestimmte von den einzelnen nicht zu erfüllende gemeinsame Staatsaufgaben übernommen, zu denen die religiösen Angelegenheiten nicht gehören. So bedarf es nicht der Wiederherstellung des corpus evangelicorum, das die Schwäche des alten Deutschen Reiches teils bezeugt, teils gesteigert hat. Dagegen bedarf es freilich eines Zusammenschlusses anti-ultramontaner Regierungen wider alle schwächliche oder verblendete Nachgiebigkeit gegenüber dem Ultramontanismus, wo auch immer sie sich finden sollte. Gegen das politische System des jesuitischen Ultramontanismus muß der Reichs- und Staatsgedanke im Bundesrat scharf und entschieden verteidigt werden von allen Regierungen, die dazu die Kraft haben und vor dem Gedanken zurückschrecken, äußeren Machtzuwachs für das Reich mit innerlicher Abhängigkeit von Rom und seinen deutschen Herrschern zu bezahlen. Allerdings müssen die anti-ultramontanen Staatsregierungen den nächsten Rückhalt suchen und finden in den Evangelischen, den selbstverständlichen Gegnern des Todfeindes ihrer Kirche. Diese müssen als Staatsbürger für den Fall, daß das Reich sich wirklich dem Ultramontanismus unterwerfen sollte, landesgesetzliche Ausschließung der Jesuiten fordern und als Reichsbürger bei den Reichstagswahlen die Pflicht der Abwehr des Jesuitismus und Ultramontanismus üben, die den Regierungen allein zu überlassen unbillig wäre. Es könnte nicht genug beklagt werden, wenn Gleichgültigkeit der evangelischen Kirchenregierungen, Synoden und Gemeinden und der freien evangelischen Vereinigungen die Hoffnung begründen sollte, daß die Aufhebung des Jesuitengesetzes den konfessionellen Frieden nicht stören werde. Zweimal schon hat in diesen Ursachen der Evangelische Bund den Wächterruf ertönen lassen. Soll die „Kölnische Volkszeitung" sich noch weiter über evangelische Resignation freuen?

✠ **Berlin,** 5. März. Ueber die Entwickelung und Tätigkeit der polnischen nationaldemokratischen Partei im Jahre 1902 legt der in Lemberg erscheinende „Przegląd Wszechpolski" einen ausführlichen „Rechnungsabschluß" vor, dem wir die folgenden Stellen entnehmen: „Während die vorhergegangenen Jahre einen Zeitabschnitt vorbereitender Arbeit bildeten, traten im abgelaufenen Jahre in den politischen Gedanken neue Begriffe in die Erscheinung, und unter deren Einfluß fingen neue, der früheren Generation fremde Bestrebungen aufzutauchen an. Wir sind so frei, zu behaupten, und die kommenden Jahre werden es zweifellos bestätigen, daß das vergangene Jahr einen Wendepunkt in unserer Nationalpolitik bildet. . . . . Für den abseits stehenden Beobachter ist die wichtigste Erscheinung unseres politischen Lebens im abgelaufenen Jahre das mächtige Hervortreten der national-demokratischen Partei. Im vergangenen Jahre gingen wir sehr schnell vorwärts, wir marschierten schneller, als dies vielleicht unter den normalen Umständen nötig gewesen wäre." Unter Bezugnahme auf die Breschener Vorgänge heißt es dann weiter: „Die seit langer Zeit wachsende Entrüstung und der Haß gegen die teutonischen Barbaren brachen in sämtlichen polnischen Landesteilen los. Als Ausdruck der Zusammengehörigkeit mit den Verurteilten und der politischen Solidarität der ganzen Nation sind die reichlichen Sammlungen anzusehen, welche zuerst in Galizien, demnächst im russischen Anteil und zuletzt auch im Auslande, sogar in Nordamerika und Brasilien angestellt wurden. Diese negative, antideutsche, die ganze Nation umfassende Strömung sucht sich natürliche positive Ableiter. Die Lebenslogik bezeichnet als solche die neue politische Richtung, deren Programm lautet: „Sich nur auf sich selbst verlassen, eine einheitliche Nationalpolitik betreiben, alle ehemals polnischen Landesteile vereinigen und sie mit der Volksmenge im Sinne der neuzeitigen Demokratie des politischen Lebens verbinden."" An dieses seit einer Reihe von Jahren in den national-demokratischen Blättern und in der vorwiegend geheimen, weil von der Regierung verfolgten Arbeit entwickelte Programm erinnerte die Gesellschaft der unlängst in Posen geführte Prozeß, in welchem die national-demokratischen Zuschriften und die Organisation der Nationalliga nicht von der Tagesordnung kamen." Der national-demokratischen Partei wird sodann Anerkennung gezollt, daß sie die russische Scheinheiligkeit entlarvte und die früher eifrig geführte russenfreundliche Propaganda zum Schweigen gezwungen habe. — Es wird hier, wie man sieht, offen zugestanden, daß eine im geheimen systematisch und erfolgreich betriebene Agitation gegen das Deutschtum besteht, daß die national-demokratische Partei das Führertum einer selbständig und einheitlich gedachten „polnischen Nation" anstrebt und die „politische Solidarität" zur Unabhängigkeit der staatlichen Machtstellung fortzuentwickeln sucht. Man wird aus diesen Mitteilungen sich ein Urteil bilden können über die Anschauungen und Absichten der Mitglieder der polnischen Fraktion, die in ihrer künftigen Zusammensetzung, wenn die erwähnten Angaben des Lemberger großpolnischen Organs zu Recht bestehen, vorwiegend die gekennzeichnete politische Richtung und Taktik der national-demokratischen Partei zum Ausdruck bringen wird.

* **Berlin,** 5. März. In Sachen der Errichtung einer militärtechnischen Hochschule hat der Rektor der Charlottenburger Technischen Hochschule, Professor Dr. Kammerer, ein Schreiben an den preußischen Kultusminister gerichtet: Die Professoren Müller-Breslau, Riedler und Slaby-Berlin geben das von ihnen geforderte Gutachten ab, daß möglich sei: Teilnahme der Offiziere an dem Unterricht in den Vorbereitungswissenschaften an der Technischen Hochschule, in dem bestehenden Laboratorien, endlich die Einrichtung besonderer militärtechnischer Kurse. Ausgeschlossen sei: Einrichtung einer besonderen militärtechnischen Abteilung parallel zu den schon bestehenden, Angliederung von einzelnen Kursen, die von Offizieren gelehrt werden sollen, Angliederung solcher Lehrgebiete, bei denen Geheimhaltung des Materials erforderlich ist; auch sei es unmöglich, auf dem Grundstück der Technischen Hochschule militärische Anstalten zu errichten. Endlich wird der Name „Militärtechnische Hochschule" bemängelt, da er zu Verwechslungen Anlaß geben könnte; vorgeschlagen wird der Name „Militärtechnische Akademie".

⊙ **Berlin,** 5. März. (Telegramm.) Die **Kaiserin** besuchte gestern abend mit den zu längerem Aufenthalte hier eingetroffenen Prinzessinnen-Nichten zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg das Konzert des Königlichen Domchors in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche.

⊙ **Berlin,** 5. März. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des **Bundesrats** wurde dem Ausschußberichte über die Vorlage, betr. die Verleihung von Korporationsrechten an die deutsche Togogesellschaft, den Ausschußberichten, betr. die Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1903 zur Deckung der Gesamtausgabe der ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge Zustimmung erteilt.

⊙ **Berlin,** 5. März. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Behauptung der sozialdemokratischen „Münchner Post", daß der **Kaiser** den in dem „Grenzboten" veröffentlichten **Brief an den Admiral Hollmann** über das Thema „Babel und Bibel" nicht selbst verfaßt haben solle, wird von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" mit Behagen breitgetreten. Wir stellen fest, daß dieser bedeutsame Brief vom ersten bis zum letzten Worte aus der Feder Seiner Majestät geflossen ist und kein von anderer Seite herrührender Entwurf dabei irgendwie benutzt wurde. Selbst wer sich hinter die Unkenntnis dieser Umstände zurückziehen wollte, hat schon aus allen äußeren wie inneren Merkmalen der Kundgebung, die Sag für Sag das Gepräge der kaiserlichen Persönlichkeit trägt, entnehmen können, daß die so leicht erkennbare Absicht aufgestellte Behauptung des sozialdemokratischen Blattes falsch ist. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" würde ihrem nationalen Standpunkt nichts vergeben, wenn sie der geistigen Bedeutung des Monarchen, die nicht auf byzantinischer Erfindung beruht, unbefangen gerecht werden wollte, anstatt bei den sozialdemokratischen Verkleinerungskünsten mitzuhelfen.

SLUB
Wir führen Wissen.